

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Schneider (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

### Schlosshotel Bad Bergzabern

Die **Kleine Anfrage 3778** vom 25. September 2015 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Vergabeverstöße liegen bei der Baumaßnahme Schlosshotel Bad Bergzabern vor?
2. Hat die Landesregierung die zuwendungsrechtlichen Folgerungen aus den Vergabeverstößen bereits getroffen?
3. Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt die Landesregierung?
4. Wenn nein, warum liegen die Ergebnisse noch nicht vor und wann sollen die Ergebnisse vorliegen?
5. Wie hoch sind die endgültigen Zuweisungen des Landes für die Baumaßnahme Schlosshotel Bad Bergzabern?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Oktober 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Auf die Prüfungsmittelteilung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz wird verwiesen.

Zu den Fragen 2, 3 und 4:

Ja, die entsprechenden Folgerungen sind getroffen. Die von Vergabeverstößen betroffenen Ausgaben gehören nicht zu den berücksichtigungsfähigen Kosten.

Zu Frage 5:

Die o. a. förderrechtlichen Folgerungen wurden noch einmal mit dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz erörtert. Auf dieser Grundlage wurde Einvernehmen erzielt. Danach verbleibt ein bislang noch nicht ausgezahlter Zuwendungsbetrag in Höhe von 56 070 Euro. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat mit Schreiben vom 24. Juli 2015 mitgeteilt, dass er die Prüfung für abgeschlossen erklärt, soweit die abschließende Förderung auf diesen Betrag begrenzt wird.

Die beabsichtigte Entscheidung ist mit dem Zuwendungsempfänger wiederholt – zuletzt am 1. Oktober 2015 – erörtert worden. Er hat darum gebeten, nochmals zu einzelnen Punkten der beabsichtigten Förderentscheidung eine Stellungnahme abgeben zu können. Die erneute Stellungnahme ist deshalb abzuwarten. Nach Eingang kann dann die abschließende Förderentscheidung getroffen werden.

Bislang wurde dem Zuwendungsempfänger eine Förderung in Höhe von 3 102 300 Euro gewährt.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär